

Friedensabkommen gefährdet

Die Schweiz begleitet die Umsetzung des Friedensabkommens zwischen der ehemaligen Guerilla FARC-EP und dem kolumbianischen Staat. Heute steht das Friedensabkommen kurz vor dem Scheitern. Der Schweiz stellen sich neue Herausforderungen.

/ Manuel Müller /

Fünf Jahre nach dem Friedensvertrag wurde nur ein Bruchteil der Ziele erreicht, und prominente ExponentInnen der FARC-EP (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo) griffen wieder zu den Waffen. Während sich ursprünglich knapp 13'000 KämpferInnen demobilisierten, verdoppelten die dissidenten und wiederbewaffneten Gruppen ihre Kräfte während des letzten Jahres gemäss Schätzungen auf ungefähr 5000 Mitglieder, Tendenz steigend.

Im August 2019 kündigte der ehemalige FARC-EP-Chef und Parlamentsabgeordnete der neu gegründeten Partei Comunes, Iván Márquez, zusammen mit rund zwanzig weiteren Parteikadern an, die Waffen wieder aufzunehmen. Überraschend war die Ankündigung nicht, denn die mangelhafte Umsetzung des Vertrags war offensichtlich. Vor allem die Punkte zur integralen Landreform und den illegalen Drogen hinken dem Zeitplan hinterher.

Schleppende Landrückgabe

Vor Kurzem kündigte die kolumbianische Regierung unter Iván Duque an, den Einsatz von Glyphosat im Kampf gegen den Kokainanbau wieder aufzunehmen. Die Verwendung des Herbizids wird sowohl von Umwelt- und Bauernverbänden wie auch von der UNO abgelehnt. Das Friedensabkommen sieht zwar eine freiwillige Substitution durch alternative Produkte vor, aber die versprochene finanzielle Hilfe dafür ist vielerorts nie eingetroffen. Die Bilanz bei der integralen Landreform ist ähnlich negativ, kritisiert wird unter anderem der fehlende soziale Dialog und die schleppende Landrückgabe.

Ein kürzlich veröffentlichter Bericht der staatlichen Rechnungsprüfungskom-

mission kritisiert die unzureichenden Fortschritte der Umsetzung aller Punkte des Friedensvertrags. Seit der Unterschrift wurden nur 65 Prozent der dafür vorgesehenen finanziellen Ressourcen eingesetzt. Bei diesem Tempo wären die in Havanna getroffenen Vereinbarungen erst in 26 Jahren umgesetzt, also 2047.

Auch die Sicherheit der ehemaligen GuerillakämpferInnen ist nicht gewährleistet. Seit dem Zustandekommen des Friedensabkommens 2016 wurden fast 280 ehemalige Guerillaangehörige umgebracht. Ruiz Massieu, Missionschef der UNO in Kolumbien, bemängelt den unzureichenden Schutz: «Es gibt immer noch zu viele Bedrohungen und zu viele Tote. Solange die Sicherheit der Ex-Kombattanten nicht gewährleistet ist, sind auch andere Entwicklungen nicht relevant.»

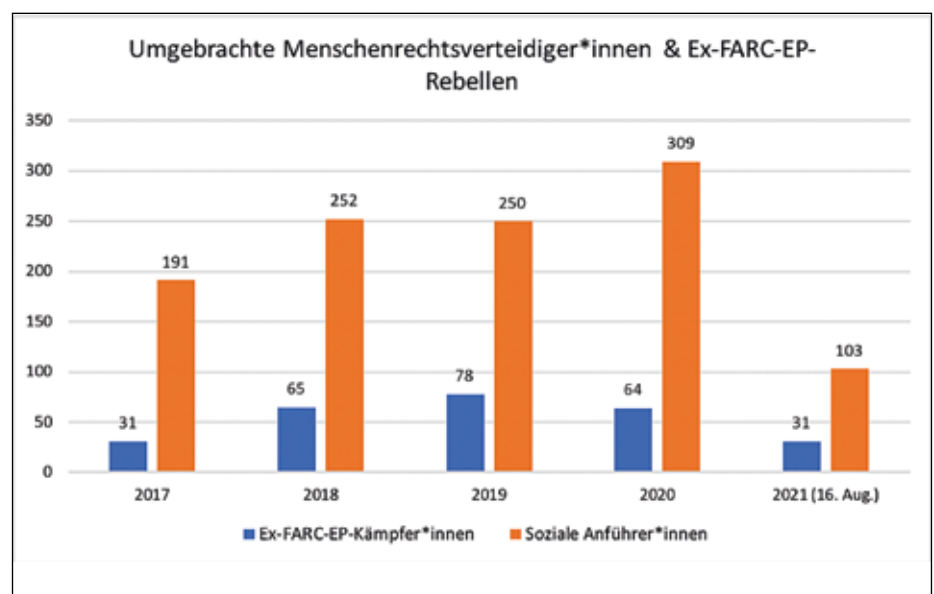
Komplexe Konfliktdynamik

Momentan werden so viele MenschenrechtsverteidigerInnen umgebracht wie seit Jahren nicht mehr. Das Jahr 2020 galt als das gefährlichste Jahr für MenschenrechtsaktivistInnen seit der Vertragsunterschrift. Die Situation scheint sich nicht zu verbessern, denn im laufenden

Jahr wurden schon 103 soziale AnführerInnen und 31 Ex-KämpferInnen der ehemaligen FARC-EP umgebracht. Dabei geht die Gefahr nicht nur von der Gruppe um Iván Márquez aus.

Auch andere bewaffnete Gruppen nutzen die Gunst der Stunde, um ihre territoriale und soziale Kontrolle auszuweiten. Die Guerilla ELN (Ejército de Liberación Nacional), dissidente Gruppen der FARC-EP und neoparamilitärische Gruppierungen füllen das Machtvakuum aus, das die ehemalige FARC-EP hinterlassen hat und der Staat nicht auszufüllen vermag.

Die ehemaligen GuerillakämpferInnen der FARC-EP haben es in diesem Kontext nicht einfach. Aufgrund ihrer Kriegserfahrung und fehlender Perspektiven sind sie oft Opfer von Zwangsrekrutierungen durch die illegalen Gruppen. Anstatt dass Frieden einkehrt, hat sich der Konflikt transformiert. Aus einem Ein- bis Zweifrontenkonflikt entstand eine unübersichtliche und sich ständig ändernde Dynamik von unterschiedlichsten Gruppierungen, die einen langfristigen und nachhaltigen Frieden verunmöglicht. Dadurch sind auch die Bedrohungen für Menschenrechts-



Seit dem Friedensvertrag haben die Gefechte zugenommen, sowohl zwischen staatlichen Sicherheitskräften und illegalen Gruppen als auch zwischen Letzteren. Dies hat mit der zunehmenden Unübersichtlichkeit des Konflikts und der Zunahme verschiedener bewaffneter Akteure zu tun.

(Grafik: PBI, Daten: Fundación Ideas para la Paz)



«Wir wollen nicht in Angst leben», Wandbild in einem kolumbianischen Dorf.

verteidigerInnen vielfältiger geworden, was deren Schutz erschwert.

Das drohende Scheitern des angestrebten Friedens hängt sicher auch zusammen mit dem ungenügenden Einbezug anderer wichtiger Akteure der kolumbianischen Gesellschaft in die Friedensverhandlungen wie die Opfer des bewaffneten Konflikts, Frauen, Jugendliche, Kinder, Indigene und Kleinbäuerinnen und -bauern. Zudem fehlt der aktuellen Regierung von Iván Duque

der politische Willen zur Umsetzung des Friedensabkommens.

Herausforderungen für die Schweiz

Trotz des schwierigen Panoramas hält die offizielle Schweiz am Friedensengagement in Kolumbien fest und unterstützt Präventivmassnahmen, mit dem Ziel, die Bevölkerung vor bewaffneter Gewalt zu schützen. Konkret fördert die Schweiz Projekte in den Bereichen politische Partizipation, Achtung der Men-

schenrechte, Vergangenheitsarbeit, Beseitigung von Antipersonen-Minen und humanitäre Hilfe. Zudem unterstützt sie die Rückgabe von Land an Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die aufgrund des Konflikts vertrieben wurden.

Die Situation der von diesen Themen betroffenen Menschen hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Die Gewalt gegen AnführerInnen von sozialen Bewegungen hat zugenommen,

Fortsetzung Seite 12

Der kolumbianische Friedensvertrag von 2016

Am 24. November 2016, nach über vier Jahren Verhandlungen, wurde der endgültige Friedensvertrag zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC-EP-Rebellen unterschrieben. Mit dem historischen Abkommen sollte dem über 50-jährigen Konflikt ein Ende gesetzt werden. Im Juni 2017 wurde die Entwaffnung der FARC-EP abgeschlossen. Im August 2017 entstand aus der ehemaligen Rebellengruppe die politische Partei Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común (FARC), heute in Comunes umbenannt.

Die fünf Hauptpunkte des Vertrags

✓ **Integrale Landreform:** Mit einer inte-

gralen Landreform soll der Landbesitz gerecht verteilt und die ländliche Entwicklung gefördert werden.

✓ **Politische Partizipation:** Der Staat garantiert die freie politische Beteiligung der ehemaligen Guerilla, indem sie während der ersten zwei Wahlperioden mindestens fünf Sitze im Senat und in der Abgeordnetenversammlung erhält.

✓ **Endgültiger Waffenstillstand:** Die FARC-EP stellt alle militärischen Operationen definitiv ein und gibt die Waffen ab. Die ehemaligen FARC-EP-KämpferInnen werden während der ersten zwei Jahre finanziell unterstützt und von den staatlichen Sicherheitskräften geschützt.

✓ **Neue Drogenpolitik:** Anstatt Repression steht Prävention im Zentrum. Die Bäuerinnen und Bauern werden dabei unterstützt, Koka- und Marihuana-plantagen durch Plantagen mit legalen landwirtschaftlichen Produkten zu ersetzen.

✓ **Sonderjustiz und Entschädigung der Opfer:** Ein Sondertribunal soll die während dem Konflikt begangenen Verbrechen aufklären, für geständige TäterInnen gibt es eine signifikante Haftreduktion. Der Staat verstärkt die Suche nach Vermissten und entschädigt die Opfer.

bewaffnete Akteure setzen weiterhin auf Landminen (die Anzahl Opfer von Landminen hat sich seit 2019 verdoppelt), Menschenrechtsverletzungen sind allgegenwärtig, wie die aktuellen sozialen Proteste in Kolumbien mit knapp 90 Toten zeigen, und die Landrückgabe läuft nur schleppend.

Zudem gibt es seit 2016 eine erschreckende Zunahme an Massakern;^{*} die Anzahl Opfer hat sich auf 126 im letzten Jahr verdreifacht. Fälschlicherweise wurde angenommen, dass diese mit dem Friedensvertrag der Vergangenheit angehören würden. Auch die Vermittlung der Schweiz im Verhandlungsprozess zwischen dem kolumbianischen Staat und der Guerilla ELN ist momentan nicht von Erfolg gekrönt. Eine baldige Annäherung liegt in weiter Ferne, denn die kolumbianische Regierung fordert die Auslieferung der ELN-Delegation, die seit dem Abbruch der letzten Verhandlungen 2019 in Kuba fest sitzt.

^{*} Massaker: vorsätzliche und gleichzeitige Tötung von mindestens vier Personen, die durch das humanitäre Völkerrecht geschützt sind und sich in einem Zustand der Wehrlosigkeit befinden.



Zivilgesellschaft uneinig

Herausforderungen gibt es auch für die Zivilgesellschaft, die über die schleppende Umsetzung des Friedensabkommens zunehmend frustriert ist. Die aktuellen regierungskritischen Proteste fordern darum unter anderem auch konsequent dessen Umsetzung. Während einige kolumbianische Nichtregierungsorganisationen weiterhin am Abkommen festhalten, der

Übergangsgerechtigkeit Berichte zu Menschenrechtsverletzungen einreichen und die Wahrheitskommission in der Vergangenheitsarbeit unterstützen, haben andere resigniert und setzen ihre Ressourcen in eigenen unabhängigen Projekten ein. Die internationale Zivilgesellschaft steht zwar weiterhin hinter dem Friedensvertrag, ist jedoch zunehmend besorgt über dessen mangelnde Umsetzung.

Insbesondere für MenschenrechtsverteidigerInnen ist internationale Aufmerksamkeit von entscheidender Bedeutung, damit sie ihre Arbeit in Sicherheit weiterführen können. Daher ist es angesichts der zahlreichen Herausforderungen umso wichtiger, dass die Schweiz und die Zivilgesellschaft ihr Engagement in Kolumbien entschieden fortsetzen und so zu einem dauerhaften und nachhaltigen Frieden in Kolumbien beitragen.

Manuel Müller aus Zürich ist Geograph und war als Freiwilliger von Peace Brigades International (PBI) von 2019 bis 2021 in Kolumbien im Einsatz, wo er bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen begleitete.
www.peacebrigades.ch

Kolumbien in der FRIEDENSZEITUNG

- «Kolumbien: Wie einen Bürgerkrieg beenden? Ausgabe 29-2019.
- «Endlich Friedenslösung für Kolumbien? Ausgabe 15-15.

Ist das Jahrzehnt der Friedensbewegung angebrochen?

Es ist kein Zufall, dass wir in dieser Ausgabe gleich zwei Reden von Friedensveranstaltungen abdrucken können, jene von Helena Nyberg an der traditionellen Nagasaki-Gedenkfeier am 9. August in Heiden und jene von Jakob Kellenberger einen Tag zuvor an der Eröffnung des vom Forum für Friedenskultur organisierten 1. Ilanzer Friedenssommers im dortigen Dominikanerinnenkloster.

In der «Friedensszene» ist einiges in Bewegung gekommen, nicht nur in Heiden und Ilanz. So kamen Anfang Juni an der vierten Schweizer Friedenskonferenz trotz Corona-Einschränkungen mehr Leute und Gruppierungen zusammen als bis anhin. Das Netzwerk zur Sicherheitsratskandidatur der Schweiz aus NGO und Wissenschaft hat mit der Einladung des EDA zum Dialog Mitte Juni quasi offizielle Anerkennung erhalten. Vor allem im Zusammenhang mit der Atomwaffenthematik gingen und gehen zahlreiche Aktivitäten vom Basel Peace Office aus – in dem Swisspeace eine Schlüsselrolle spielt. Und zum Stand der Umsetzung

der Ziele der Agenda 2030 hat das EDA zur Teilnahme an der Bestandesaufnahme 2018–2022 eingeladen, an dem sich Friedensgruppen aktiv beteiligen.

Auch wenn im letzten September die Vorlage für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge äusserst knapp – mit weniger als 9000 Stimmen Unterschied – angenommen wurde, die Aussichten für das Referendum gegen den US-amerikanischen F-35 stehen gut; zu umstritten ist die Typenwahl, wie Marionna Schlatter in ihrer Kolumne darlegt.

Bereits seit einem Vierteljahrhundert kann in der Schweiz Zivildienst geleistet werden – oder müssen wir im internationalen Vergleich eher sagen: erst seit 25 Jahren? Am 1. Oktober wird es dazu eine Jubiläumsveranstaltung in Zürich geben. Die Detailangaben werden in Kürze auf der Website von Civiva – www.zivildienst.ch – veröffentlicht werden.

Noch zu diskutieren geben wird auch der sicherheitspolitische Bericht, zu dem die Vernehmlassungsfrist kürzlich abgelaufen ist: Die SFR-Vernehmlassung, die

von weiteren Organisationen unterstützt wird, präsentiert einen grundsätzlichen Alternativvorschlag zur aktuellen Sicherheits- und Militärpolitik; wir stellen die Stellungnahme in diesem Heft kurz vor.

Das aus Süddeutschland stammende Konzept «Sicherheit neu denken», das wir im letzten Dezember in der **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 35 vorgestellt haben, löst auch in der Schweiz Grundsatzdiskussionen aus. Am 19. November werden wir die Jubiläumsveranstaltung zum 75-Jahr-Jubiläum des Friedensrates, die wir letztes Jahr verschieben mussten, ebenfalls zu diesem Thema gestalten und damit einen Beitrag zum Aufschwung der Friedensbewegung in der Schweiz leisten – der umso nötiger ist, als die internationale Entwicklung – nicht nur in Afghanistan! – alles andere als friedlich ist. Möglichkeiten über den Frieden zu diskutieren und sich für ihn zu engagieren gibt es in absehbarer Zeit also eine ganze Reihe!

Ruedi Tobler